

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 533.

für Anhalt und Thüringen.

Zahrgang 190.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Winterhaus. Telefon 155; Redaktion Telefon 1272. Uing. G. Straußberg. Schriftleitung: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Erste Ausgabe

Abgabegebühr für die in der Zeitung enthaltene Werbung ist bei den Anzeigen zu zahlen. Die Anzeigen sind zu zahlen bei den Anzeigen-Expeditoren. Einzelnummern 5 Pf. Abgabegebühr für die in der Zeitung enthaltene Werbung ist bei den Anzeigen zu zahlen. Die Anzeigen sind zu zahlen bei den Anzeigen-Expeditoren. Einzelnummern 5 Pf.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Winterhaus. Telefon 155; Redaktion Telefon 1272. Uing. G. Straußberg. Schriftleitung: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Wittwoch, 14. November 1906.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon-Nr. VI a Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zöfel in Halle a. S.

Robbielski.

Herr v. Robbielski ist gegangen. Sein Rücktritt kommt nicht überraschend, namentlich seit sein altes körperliches Leiden neuerdings leiber in schwerer Form wieder aufgetreten ist und die Wiedererlangung der Amtsgeschäfte ihm für längere Zeit unmöglich machen würde. Die konservative Partei und mit ihr die gesamte Landwirtschaf sieht den Minister mit Bedauern aus seiner Stellung scheiden und wird seine großen Verdienste in dauernder ehrenvoller Erinnerung behalten.

Viktor Adolf Theophil v. Robbielski wurde am 26. Februar 1844 als einziger Sohn des bekannten Generalquartiermeisters zu Frankfurt a. O. geboren. Er war von früher Jugend an zum Militärdienst bestimmt und besuchte das Kadettenkorps in Potsdam und Groß-Neusehnde. Im Jahre 1861 nahm er als Page an der Krönung König Wilhelms I. teil. Im Jahre 1862, am 6. Mai, wurde er zum Unterleutnant in brandenburgischen Infanterie Nr. 11 befördert. Robbielski nahm an Dänemarkfeldzug teil, u. a. an den Gefechten bei Lieberang über die Eider, an der Kanonade bei Gernfriede, am Gefecht bei Düppel und am Lieberang nach Alsen. Auch am Feldzug 1866 hat er Anteil genommen, nachdem er vorher zur Kriegsakademie kommandiert worden war; bei Münden, Göttingen und Königgrätz war er dabei. Als Generalstabsoffizier des 10. Armeekorps hat er dann auch den deutsch-französischen Krieg mitgemacht und sich das Eisenerz-Kreuz 2. Klasse erworben. Wiederum hat er im Feuer der Schlachten gefochten; bei Wissembourg und Gravelotte, der Zernichtung von Metz, bei Orléans u. s. w. Interessant sind einige Notizen des Generals v. Robbielski. Da heißt es: Robbielski ist vorzüglich. Er ist immer vernünftig, bei Tag und bei Nacht voll unermüdbarer Tätigkeit. Robbielski scheint schon damals eine praktische Natur gezeigt zu haben. Wenigstens berichtet derselbe General, als er zu Weibach für alle Soldaten Stellen baden ließ: Robbielski, der in dieser Beziehung Genie und große Energie zeigt, wird es wohl fertig bringen. Am 3. Oktober 1871 wurde Robbielski Hauptmann, 1885 wurde er zum Kommandeur des Jägerbataillons Nr. 3 ernannt, 1886 zum Oberleutnant, 1890 trat er für kurze Zeit an die Spitze der 84. Kanalerbrigade; 1891 wurde er Generalmajor und im Juli desselben Jahres auf seinen Wunsch in Disposition gestellt. 1896 erhielt Robbielski den Charakter als Generalleutnant, und 1900 wurde er à la suite des Infanterieregiments von Jüterbog Nr. 3 gestellt.

Im Aufstehen widmete er sich mit viel Erfolg den Pflichten des von seinem Vater übernommenen ehemaligen Jagdwaldes Gutes Salms im Kreise Weiskirch; er trat dann u. a. als Teilhaber in die Firma Tappeler & Co. ein. Von 1893 bis 1897 vertrat Robbielski als konservativer Reichstagsabgeordneter den Kreis Weiskirch, und von 1895 bis 1901 war er Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg. Jünglich erkaunt war man, als der Kaiser den General im Jahre 1897 zum Nachfolger Stephans, zum Staatssekretär des Reichspostamtes, ernannte. Am 4. Mai 1901 wurde Robbielski auf seinen Antrag mit der geschäftlichen Pension aus dem Reichsdienst entlassen, um am nachfolgenden Tage, am 5. Mai, die Leitung des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu übernehmen, dem er bis jetzt vorstand.

Bei seinem Abschied schreibt die „Deutsche Tagesztg.“ ganz in dem Sinne unserer Ausführungen in Nr. 527 der „Säch. Ztg.“ folgendes: „So sehr und so aufrichtig wir den Rücktritt des Ministers Robbielski bedauern, so können wir uns doch der Auffassung nicht verweigern, daß sein Gehirns- und körperlicher Zustand und die Beschaffenheit seines Gehirns notwendig machte. Mit der Angliederung der Firma Tappeler & Co. hat er wieder dieser Entschluß, nach der Genehmigung des Gehirns irgend etwas zu tun. Der Minister hat sich bis zu seinem Abschiede des vollen Vertrauens seines Monarchen erfreut. Es hat auch zwischen dem Ministerpräsidenten und ihm keine sachliche Meinungsverschiedenheit obgewaltet, abgesehen von jener formellen Differenz, die längst vollkommen beseitigt war. Wir sind überzeugt, daß der Reichskanzler das Ausscheiden des Ministers, der ihm in seinen Anfangsjahren sehr nahe stand, lebhaft bedauert. Wir wissen aber auch, daß Herr v. Robbielski von der Kompetenz des Reichskanzlers vollkommen überzeugt ist. Es war und bleibt Unsinns oder Unfug, von einem Ruell-Robbielski-Bülow zu reden. Wäre der Landwirtschaftsminister gesund geblieben, so würde das Entlassungsgesuch kaum genehmigt worden sein.“

Nicht man das Fazit der mehr als fünfjährigen Ministerthätigkeit des Herrn v. Robbielski, so springt vor allem ins Auge, daß es endlich gelungen ist, der schwer ringenden heimischen Landwirtschaft durch einen immerhin gegen früher nicht unbedeutend gebesserten Zollfuß, sowie durch Erleichterung gegen Auslandswettbewerb wieder eine Teilnahme möglichkeit zu verschaffen. Die Schwierigkeiten, die dem

entgegenstanden, sind in der heutigen raschlebigen Zeit zum Teil schon wieder vergessen, darum ist hier mit um so höherem Danke an die Verdienste erinnert, die Herr v. Robbielski daran hat, das große Werk der Zolltarifreform in den Hofen gebracht zu haben. Als der Minister in sein Amt eintrat, waren die allgemeinen Vorbereitungen für den Zolltarif zwar getroffen, aber das entscheidende Stadium der Fixierung der landwirtschaftlichen Zollsätze stand für das Staatsministerium und den Bundesrat noch aus. Naturgemäß fiel dem preussischen Landwirtschaftsminister gerade hierbei ein entscheidendes Wort zu. Die daraus sich ergebende Verantwortlichkeit war um so größer, als die konservative Mehrheit im Reichstag auf die Verantwortung der Regierung hin auch höhere als die schließlich vorgeklagten Sätze vorgenommen haben würde, der Landwirtschaftsminister sich also als Staatsminister die Selbstbefähigung auferlegen mußte, bei seinen Vorschlägen mit Rücksicht auf die Allgemeinwohl mehr als hinter dem zurückzubleiben, was die Landwirtschaft von ihrem Standpunkte aus mit Recht gefordert hatte.

Der staatsmännliche Standpunkt des Ministers offenbarte sich hierin — nicht minder auch in dem Anfecht, den er, ohne nach außen hin damit hervorzutreten, an der Begleitung des vergerichteten Streitens um den Mittelstandsalgebot hat.

Seine Leistungen in der Verwaltung des engeren Hoforts, dessen Bedürfnisse ihm aus praktischer Anschauung bekannt waren, werden von Freunden und Gegnern anerkannt. Von dem großen Erfolg des in Meliorationswesen abgesehen, sei hier nur an einige geographische Gebiete erinnert, so das Aufschließungsgebiet von 1904, das den Grundbesitz in den Uferhochwassergebieten erheblich beschränkende Gesetz zur Verhütung von Hochwassergefahren von 1905, das Gesetz betreffend Vermaltung gemeindefreier Jagdgebiete, von 1905 und das Bildungsgezet von 1904. Auch die Inangriffnahme der Reform der General-Kommissionen ist eine bedeutungsvolle Tat, wenn auch die geographischen Vorarbeiten bei der Schwierigkeit der Materie noch nicht beendet sind.

Die letzte Zeit dieses regen Schaffens ist dem verdienten Minister leider durch die zum Teil empörenden Angriffe, die anlässlich der Fleischsteuerung und seiner früheren Beteiligung bei dem v. Tappeler'schen Geschäft gegen ihn gerichtet worden, stark verberitert worden. Nun er aus dem Amt geschieden, wird vielfach eine gerechtere Beurteilung Platz greifen. Wir beabsichtigen daher hier nicht, auf diese Angelegenheiten zurückzukommen, zumal auch die politischen Gegner des Ministers nicht gewagt haben, seine persönliche Integrität irgendwie in Zweifel zu ziehen.

Mit den meisten konservativen Kreisen einigen wir uns in dem Wunsche, daß dem verehrten Minister Erholungs in seinem schweren körperlichen Leiden und recht bald wieder eine ruhige Tätigkeit, wenn nicht anders, auf dem Boden der heimatischen Scholle und in den damit zusammenhängenden Berufsinteressen beschieden sein möge. In der Geschichte der deutschen Landwirtschaft wird sein Name dauernd fortleben.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 13. November.

Die „Toleranz-Aktion des Jenths“ scheint am 14. November, dem ersten Adventstages, des zum anstehenden Reichstages, nun doch ihren Fortgang nehmen zu sollen. Die Wüchsigkeit auf den heischgehehrten Echein konfessioneller Friedfertigkeit hat bei den Zentrumsstrategen wohl vor anderen taktischen Erwägungen nicht handgefallen. Am 3. Mai schrieb die „Kreuzzeitung“ gegen den Toleranzantrag: „Wenn das Zentrum trotz aller Warnungen stets von neuem mit ihm kommt, so hat dieses Vorhaben, da seine Annahme durch die verbündeten Regierungen ausgeschlossen ist, keinen anderen Erfolg, als eine empfindliche Störung des konfessionellen Friedens, zu der gerade die gläubigen evangelischen Kreise nicht die Hand bieten wollen.“

Die „empfindliche Störung des konfessionellen Friedens“ wird hoffentlich nach Essen alle nichtultramontanen Volkstheile darüber aufklären, wohin der Wurf unter der Fahne der Jesuitentoleranz geht. Zunächst werden alle benutzt Evangelischen durch den Zentrumsvorsitz auf's Neue brüskiert. Von Deutschen Evangelischen Kirchenauschuss an bis zu den kleinsten Synoden, von zahllosen protestantischen Versammlungen sind die energichsten Proteste gegen den „Toleranzantrag“ erhoben worden. Was kümmert es das Zentrum! „Ein Wurf, wie ich, was macht sich der daraus!“ In solcher maßlos freierherriger Gesinnung liegt es kein „Toleranz“, ließ aber freilich heuerter der schon oben erwähnte Artikel der „Kreuzzeitung“, mit der das Zentrum im trotz des Widerspruches aller evangelischen Kreise, so weit sie lebendiges Interesse für ihre Kirche durch die Tat belunden, immer wieder von neuem einbringt, muß diese Kreise ruhig machen und in ihnen die Empfindung wecken, daß der Antrag in Wirklich-

keit sich doch gegen ihre Kirche richtet. Es ist das Verdienst des Abgeordneten Kemmer, der seiner ganzen parlamentarischen Vergangenheit nach keine Bezeichnung weniger verdient als die eines Kulturkämpfers, dieser Stimmung bereiten Ausdruck gegeben zu haben. Daraus zurechtzufolge er, daß es sich bei dem jüngsten Vorzuge des Zentrums um einen neuen Kulturkampf handelt, nur um einen solchen mit umgekehrter Front.

Nur die weissen Abgeordneten Colßhorn und v. Scheele, die in Verleugung ihres protestantischen Standpunktes den famosen Zentrumsantrag mitunterzeichnet haben, finden den traurigen Mut, wie die „Säch. Volkszeitung“ triumphierend berichtet, den „schlichten Randel“ in Reutenfäden bei Melle vorzubereiten, der Toleranzantrag sei notwendig und berechtigt; v. Scheele verteidigt sich dabei auf der seltsamen Behauptung: „Wer es ernstlich meint mit der evangelischen Kirche, müsse dem Toleranzantrag zustimmen!“ Wann wird endlich das ernannte protestantische Christentum diese politischen Schlingel aus den evangelischen Volkstheile hinwegsetzen? Und wann wird die Erkenntnis der friedliebenden Jesuitenkennzeichen in allen nichtultramontanen Parteien so weit gediehen sein, daß ein lautes „Nein“ dem Toleranzantrag von allen Seiten des Reichstages entgegenkommt?

Nicht ist die Annahme des kirchlichen Antrages, wenn Sozialdemokratie und Zentrum bei allen Paragrafen über das Maß der „Religionsfreiheit“, mit der sie unser Reich beglücken wollen, sich verständigen, leider nicht ausgeschlossen. Bekanntlich hat die zweite Lesung am 2. Mai stattgefunden, und dabei sind §§ 1 bis 4 unter beifälligen Zentrumszufriedenheiten an die Sozialdemokratie angenommen worden. Sollte das ganze „Religionsfreizetzgezet“ die Zustimmung des Reichstages finden, so geschieht das hoffentlich nicht ohne energische und eindringliche Proteste, die von der Stimmung im Lande entsprehen. Jedenfalls ist dieser Antrag der Tatsacheweisheit, daß die Wüchsigkeit des Ultramontanismus trotz aller „Friedensfundgebungen“ unüberwindlich fortbesteht und unter dem neuen Wolf zur entschlossenen Abwehr aufzuwecken müssen.

* Das Reichsparlament ist am Sonnabend geschlossen worden. Wie die „Säch. Ztg.“ erzählt, ist eine starke agrarische Strömung für eine Abänderung des Weingezetes und fordert unter anderem Lagerbuchung. Alle Sachverständigen erklärten sich für eine einheitliche Kontrolle. Für eine Weinsteuer zur Verfestigung der Kontrolle sprachen nur einige Vertreter aus Bayern.

Der Reichstag.

tritt beiläufig am heutigen Dienstag, 13. November, wieder zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Sommerpause, der 116., stehen 43 Reichstagsberichte. Die Sitzung beginnt um 2 Uhr. Da der neue Reichsbaukommission und die in Aussicht gestellten neuen Vorlagen zunächst dem Haupte noch nicht unterbreitet werden können, wird der Reichstag in den ersten Tagen das vom Sommer her liegen gebliebene, sehr umfangreiche Material aufarbeiten, soweit ihm dies möglich wird. Sobald der Etat vorliegen wird, würde sofort in die erste Lesung des Etats eingetreten werden. Der Reichstag sieht dem Reichstags- tage bis Mitte Dezember 25 Arbeitstage zur Verfügung. Während der Sommerferien sind einige bauliche Veränderungen im Reichstagsgebäude vorgenommen worden. So wurden zahlreiche Arbeitszimmer für Abgeordnete neu geschaffen, auch wurde ein Kranichzimmer und ein Sitzungszimmer für die Journalisten neu eingerichtet. Damit nun niemand in dem weitläufigen Bau namentliche Bestimmungen vermisst — die Veräumnis föhrl beiläufig Strafe — hat man durch das ganze Haus eine elektrische Alarmanlage geschaffen. Findet eine namentliche Mitteilung statt, so wird diese Anlage eingeschaltet, und sie bezeugt ein Geräusch, das unbedingt überall im Hause gehört werden muß.

* Fürst Bülow im Reichstag. Bekanntlich wollen die Genossen sofort nach dem Wiedereröffnung des Reichstags, der ja heute erfolgt, eine Interpellation über die Fleischsteuerung einbringen. Es verläuft nun, daß der Reichskanzler selbst eine solche Interpellation beantworten will, um erstens den Standpunkt der Regierung klarzulegen und zweitens sich dem Reichstage vorzuführen und seine Wiederberstellung nach dem Unfall im Frühjahr zu bewerkeln. Der Kanzler beabsichtigt auch in der ersten Sitzung des Etats das Wort zu ergreifen, um eine Darstellung der inneren und äußeren politischen Lage Deutschlands zu geben und sich über die Kolonialhandele, die irgend etwas Bedenkliches für unser Kolonialsystem nicht ergeben haben, mit dem Reichstage auszusprechen.

* Der Reichstag. Während in parlamentarischen Kreisen auf die Vorlegung des Reichstages am den Reichstag etwa zum 25. November gerechnet wird, erzählt ein Berliner Blatt von unrichtiger Seite, daß einige Einzelgänger noch nicht einmal im Reichstagsgebäude angekommen seien, so daß, wenn der Bundesrat nicht ungewöhnlich schnell arbeite, der Etat möglicherweise dem Reichstage erst nach Weihnachten zugehen werde. Wir halten dies nicht für wahrscheinlich.

* Ausprägung von Silbermünzen. Der Abg. v. Strombeck hat zu dem Bericht der Weisungskommission des Reichstages wegen Ausprägung von Silbermünzen den Antrag eingebracht, die Bundesrätliche Aktion wegen Ausprägung von 25 Pfennig-Silbermünzen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Regelung der Zivilprozeduren. Der Ausschuss der alten Reichsstände hat dem Reichstage ein Gesetz zur. eine gerechte Regelung der Zivilprozeduren überreicht.

Reichstagsabgeordneter Herr. Der im Wahlkreise Stade gewählte Senator, Herr K. hat für die nationalliberalen Fraktion des Reichstages angeschlossen.

Ueber die Nachuntersuchung von Fleisch in städtischen Schlachthäusern

hat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mittelst der Herr Handelsminister eine Entscheidung getroffen. Eine Stadtgemeinde hatte nämlich befohlen, alles von auswärts eingeführte frische Fleisch noch einmal im städtischen Schlachthaus durch den Tierarzt der Stadt untersuchen zu lassen. Dielem Befehle hat der Bezirksauschuss die Genehmigung verweigert. Durch das Fleischbeschaugesetz ist die Untersuchung einseitig geregelt. Untersuchtes Fleisch dürfte auch in Gemeinden mit Schlachthausgang nur daraufhin abermals untersucht werden, ob es inwieweit bedorben ist oder sonst eine gesundheitschädliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat. Es ist ferner, daß ein Untersuchungsamt für bereits amtlich tierärztlich untersuchtes Fleisch der Anordnung durch Gemeindebehörden in Schlachthausgemeinden in vollem Umfange entgegen ist, und daß die betreffenden Gemeindebehörden über einen solchen Untersuchungsamt für derartige frische Fleisch keine Verfügung haben. Dem dagegen eingeklagten Refus hat der Handelsminister als unzulässig zurückgewiesen. — Es wäre interessant, wenn man den Namen dieser Stadt erfahren könnte, deren Verwaltung es darauf anlegte, die Schlachthausbehörden zu heigern und dadurch zur Verteuerung des Fleisches beizutragen. Gehört diese Gemeindeverwaltung etwa auch zu jenen Korruptionen, die lärmend die Öffnung der Grenzen und die Suspendierung der Fleischpolizei verlangen und die von den wuchertreibenden Händlerlingen nichts wissen oder nichts wissen wollen?

* **Die Frage der Fleischsteuerung.** Das Ergebnis der vom Reichstag angeordneten Erhebung über die Ursachen der Fleischsteuerung liegt seit etwa vierzehn Tagen vollständig vor. Wenn auch die statistischen Zusammenstellungen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft ein verhältnismäßig günstiges Resultat lieferten, so glaubt man „Zf. M.“ zufolge doch die Reichsregierung, dem augenblicklichen Notstande sofort Rechnung tragen zu sollen. Man dürfe erwarten, daß die Regierung, nachdem sie sich mit dem Landwirtschaftsministerium geeinigt hat, bestimmte Maßnahmen treffen werde. Ob diese in einer Herabsetzung der Tarife oder in anderweitigen Erleichterungen der Einfuhr bestehen sollen, muß abgewartet werden.

* **Die katholischen Pfarren und der polnische Schriftsteller.** Mit welchen Widerwilligkeiten die deutschen Lehrer in der Ostmark zu kämpfen haben, geht aus dem folgenden, von dem „Posener Tageblatt“ mitgeteilten Falle hervor: Am 17. September wurde nach dem Lehrer Kutner in Murskain bei Jnin ein Stein geworfen. Kutner, dessen Vater und Mutter deutscher Herkunft sind und der ein Deutscher ist, richtete an den katholischen Pfarren seines Kirchspiels, Pfarre Cirkorski in Goro, ein überaus höflich gehaltenes Schreiben — selbstverständlich in deutscher Sprache —, um den Pfarren zu bitten, er möge doch die Bewohner des Dorfes beruhigen. Als Antwort erhielt der Lehrer von dem Geistlichen eine überaus bezeichnende polnische Antwort, die in deutscher Uebersetzung lautet: „Einen Deutschen Brief nehme ich nicht an. Ich habe ihn gar nicht gelesen. Schreiben Sie einen Schreiben vor sich zu haben, zu dem Sie die deutsche Sprache? Sind Sie der Meinung, daß alle Menschen verpöndelt sind, von Lehrern deutsche Briefe anzunehmen? Sie sind verpöndelt, mit ihrem Pfarren politisch zu sprechen, wie alle anderen Klerikalen; denn alle sind Polen, und auch Sie sind ein Pole. Ein Nationalist darf man nicht sein, und in seinem Bekamte nicht überleben.“

Der Lehrer beklagte sich noch an demselben Tage bei dem Pfarren darüber, daß sein Brief nicht angenommen worden sei. Auch bei dieser Gelegenheit war der Geistliche nichts weniger als höflich; er wies dem Lehrer schließlich das Thor des Pfarreschloßes. So tritt der katholische Klerus für die deutschen Interessen ein! Wann wird die Regierung ein Machtwort sprechen?

* **Karoline Kopp** wird für den 14. November in Rom erwartet. Man bespricht, seine Ankunft betrefte die Vorgänge in Polen.

Die westlichen Anläufe der Reichspolizei. Vor ein paar Wochen erregte die Westliche Reichspolizei die Aufmerksamkeit der Beobachter, daß die Reichspolizei westlichen Zügen gegenüber das Verbot ertheilt verleihe, Fußstapfen. Dies erklärt der genannte Abgeordnete in einer Aufschrift an die westliche „Deutsche Volkzeitung“, daß ihm die Unterstellung, als habe die Reichspolizei oder einer ihrer Beamten eine Verletzung des Verbotes durch unbefugtes Öffnen von Briefen verübt, durchaus fern gelegen und sehr hervor, daß ihm keine Aufgaben bekannt seien, welche einen dahngehenden Vorwurf rechtfertigen. Er habe lediglich auf eine eventuelle (1) gerichtliche Beschuldigung von Korrespondenzen und die dadurch bedingte Mitwirkung der Reichspolizei aufmerksam machen wollen.

Das Westliche ist sich hier Reue ab. Aufzufällig ist es, daß Herr v. Hedenberg zu lange genervt hat mit dieser Erklärung. Inwiefern aber der unmittelbare beizugehörige Zusammenritt des Reichstages im voranzog, wozu vorher die fatale Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, weil er bei berechtigtem Schweigen befriedigt müßte, im Reichstage daraufhin angelegt zu werden.

* **Die Wahl des neuen Landwirtschaftsministers** dürfte, wie aus Berlin mitgeteilt wird, einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Kombination, die auf Mantuffel hinweist, wird von unrichtiger Seite als halbes bezeichnend. In der letzten Zeit werden auch der Oberpräsident von Hannover Wenckel und der Unterstaatssekretär des preussischen Landwirtschaftsministeriums v. Conrad genannt.

* **Die Verlesung des Prinzen Joachim Albrecht** von Preußen zur südwestafrikanischen Schutztruppe wird auch in Berlin vielfach als eine indirekte Folge der Affäre Sulzer-Riebenberg angesehen. Man erzählt sich, dem Falle sei der Boden ausgeschlagen, als vor gar nicht langer Zeit Frau Sulzer (Baronin Riebenberg) in einer bräunlichen Gaitage durch die Straßen Berlins fuhr und die Waage vor ihr ins Gewicht trat. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß an eine solche Stellung des Prinzen in der Schutztruppe vorläufig nicht zu denken sei; sein Majoratentent hat er noch 27. Januar 1903 und zum Oberkammerherrn habe er noch 250 Vorderleute.

Der Vertreter des in Wien lebenden Reichspräsidenten v. Richarz hat übrigens eine Erklärung an die „Wiener Zig.“ gefandt, der zufolge sein Amt keineswegs aus gewöhnlichen Arbeiten und in der Hinsicht halber Erhebung die Ehe mit der Kaiserin Elisabether Braut ein Sulzer gefandt habe. Von der Erhebung des Prinzen Joachim Albrecht und dessen Beziehungen zu Frau Sulzer habe er gar nichts gewußt.

* **Ausländische Diplomaten am Berliner Hofe.** Die italienische Botschaft in Berlin hat, wie wir hören, in dem Grafen Durazzo einen neuen Gesandten und in dem Oberleutnant von Generalmajor Graf Durazzo einen neuen Militärattache als Nachfolger des nach Italien zurückgezogenen Oberleutnants Gattobello erhalten. — Die japanische Regierung beabsichtigt, die Gesandtschaft in Berlin durch den bisherigen japanischen Gesandten in Konstantinopel, Georg Simizu, der längere Zeit hindurch Gesandter in Wien und zweimal Ministerpräsident war, zu belegen. Die Zustimmung hierzu soll für ihn schon in Berlin nachgehakt worden sein. — Die Zeitung „Tsunghwei-jiao“ in Shanghai kündigt an, ihr Eigentümer, der Laotai von Amoi, Feng Luang chun, würde zum chinesischen Gesandten in Berlin ernannt werden. Feng ist ein Enkel des Marquis Feng und ein Parteigänger Sunans.

* **Sicherheitsregeln für den Eisenbahn-Verkehr.** Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß vom preussischen Eisenbahnminister bereits vor kurzer Zeit die Bildung einer Ministerkommission beschlossen worden ist zur Ermöglichung durchgreifender Sicherheitsmaßnahmen für den Personenverkehr. Vornehmlich ist die Einrichtung durchgehender Wagen für die weniger stark benutzten höheren Klassen in Vorbereitung. — Eine andere Meldung lautet: Eisenbahnpräsident Jungnickel-Altona teilte in einer Sitzung der Eisenbahndirektion mit, daß im nächsten Frühjahr neue Staats- und Vorortsbahnwagen eingeführt würden, die so konstruiert sind, daß Vorkommnisse wie die in letzter Zeit wiederholt ausgeführten Raubankfälle in Eisenbahnwagen, unmöglich gemacht werden.

* **Der Verkehr des „Simulissimus“**, Albert Langen, mußte sich am Montag in Berlin gegen die von dem Eigentümer des B. O. H. den vertriebenen Vorständen des Verbandes zur Ordnung der Sittlichkeit, wegen Verletzung eingetragener Marke verteidigen. Der Gerichtshof hielt die von Langen gebrauchten Ausdrücke für beleidigend und verurteilte ihn zu 150 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis.

* **Der schwebungs-lippige Landtag** nahm am 12. November den Staatsvertrag zwischen Schaumburg-Lippe und Preußen betreffend den Rhein-Weier-Gannoverkanal in der vorgelegten Fassung an. In einer Resolution wurde eine Anzahl von Wünschen niedergelegt, welche die Aemterung in Schaumburg-Lippe betreffen. Ferner wurde in einer Resolution die preussische Regierung ersucht, dafür zu sorgen, daß in Zukunft der preussische Eisenbahnfiskus innerhals des Fürstentums an den kommunalen Steuern herangezogen werden kann.

* **Deutschland und Frankreich.** In einer Unterredung, die ein Mitarbeiter des „Echo de Paris“ mit dem französischen Minister des Meuzen B. Lion hat, erklärte der Minister über die Vernehmung des Journalisten, man behauptet, daß Deutschland durch eine unrichtige Beurteilung bei der Ausübung seines Meuzens in Maroffo Schmierigkeiten bereite: Ich habe keinerlei Bestätigung derartigen Gerüchte; ich habe im Gegenteil feinsten Veranlassung, in dieser Hinsicht gegen die Haltung der deutschen Vertreter Mißtrauen zu hegen.

* **Die Vorunterredung in Sachen Osh und Oen.** ist am 6. November geschlossen worden. Die Akten sind nunmehr dem ersten Staatsanwalt überhandt worden. Wie die „Frei. Zig.“ hört, hat die Vorunterredung, die zum fünf Monate in Anspruch genommen hat, ein vollständig negatives Ergebnis gehabt.

* **Der angebliche Überfall auf einen Deutschen in Maroffo.** Nach der Meldung verschiedener Blätter sollte ein deutscher Unteroffizier, G. H. G. zwischen Casablanca und Rabat überfallen und ausgepeinigt sein. Wie die Berliner Blätter erfahren, liegt über diese Angelegenheit bereits ein amtlicher deutscher Bericht aus Casablanca vor, aus dem hervorgeht, daß das ganze Gerücht nur auf mißverständliche Aeußerungen von Arabern zurückzuführen ist.

Ausland.

Die englischen Kolonien.

Wie ein Blick auf heutigen Geschehen hat in London die Nachricht von einem Burenstich eingeschlagen. Eine Reihe von Jahren sind seit der Niederwerfung der Burenstaaten ins Land gegangen, selbst die verhassten Führer haben sich in das Unermessliche gefügt, die Buren der ehemaligen Republik stichten ebenlo lokale Untertanen werden zu wollen wie ihre Stammesgenossen in der Kapkolonie. Und nun erhebt sich mit einem Mal ein kriegerischer Bur und unternimmt einen Einfall in die Kapkolonie, welcher mit dem berühmten Zug Jamesons große Ähnlichkeit hat. Welche Motive Ferreira bewegen haben, eine derartige Expedition zu unternehmen, läßt bisher noch nicht klar, und an sich für sich ist der Vorfall nur unbedeutend, es ist ja nicht schwer fallen dürfte, die kleine Schaar aufzureiben; unermessen aber bewußt der Vorfall, daß es doch Elemente in der Burenbevölkerung gibt, welche an eine Rückkehr der alten Zeit glauben und von der Zukunft vielleicht noch mehr erhoffen. Es gibt sogar an der Burenheim anständige Gemüter, welche befürchten, daß der Aufstieg größerer Dimensionen annehmen könnte, weil unter den jetzt nicht mehr Buren der Vorfall ins unermessliche übertriebene dargestellt werden könnte, wobei sich vielleicht zahlreiche Personen zum Anschlusse bewegen lassen. Diese Befürchtung scheint unbegründet zu sein, zumal der Wunsch ohne große Vorbereitungen ins Werk gesetzt sein dürfte, da sonst wohl die Sache anders angefallen worden wäre. Wie dem auch sein möge, so zeigt das Ereignis doch, daß die englischen Kolonien dem Mutterlande keineswegs immer fremde machen, sondern daß man auch an der Burenheim bewußt der Vorfall, ein wenig sorglos in die Zukunft blicken kann. Eine englische Kolonie, wie die Kapkolonie und Natalien, haben sich die weitestgehende Autonomie errungen; die genannten haben sogar ihre eigenen Regierungen, die, ohne irgend welche Direktive aus London zu bekommen, nach eigenem Ermessen handeln und wollen; ja Kanada wäre sogar in der Lage, wenn es wollte, einen Volltrieb mit dem Mutterlande zu beginnen. Die Beziehungen sind also recht loedere Natur und der Gedante Chamberlains, die Kolonien enger mit dem Mutterlande zu verknüpfen und eine „Greater Britain“ zu schaffen, ebenlo fahn wie erklärlich. Mit seinem Niedertritt hat die imperialistische Idee, die seitdem, da Chamberlain als Privatmann nicht mehr so wie vorher seine Kraft für dieselbe einsetzen konnte, bedehnt an Kraft verloren. Auch in der jetzigen Regierung scheint keine neue Richtung herrschen zu wollen, aber es wäre nicht ausgeschlossen, daß jetzt angestrichelt der Vorgänge in Sidafrika die Bewegung wieder einsetzt und die Geaner des Kabinetts sich ins Zeug legen, um Campbell

Bannerman einen Stroh hieraus zu drehen. Liegt es doch auf der Hand, daß sich eines Tages das Beispiel der heutigen Vereinigten Staaten von Nordamerika wiederholen könnte. Speziell in Kanada bezieht große Bedeutung, da man sich von einem engeren Anschluß an das Nachbarland weit mehr verpflichtet als von einem, wenn auch nur loederen Vöbhängigkeitsverhältnis von England. Auch in Australien haben sich schon mehrfach Stimmen erhoben, welche einer Trennung des Wort bedürftig, und in Sidafrika bebaut das Burenereim, wie der jüngste Vorfall zeigt, eine fahnige schwere Gefahr. Wahnhaft ist in absehbarer Zeit eine derartige Bewegung nicht zu denken, aber gänzlich von der Hand zu weisen ist eine solche für England wenig erfreuliche Entwicklung der Dinge nicht. Wie sagte Bismard? „Sidafrika wird das Schicksal Englands werden.“ Qui vivra, verra!

Oesterreich-Ungarn.

Die Erhöhung des Rekrutenkontingents. Wie ein der ungarischen Regierung nahestehendes Budapest. Blatt meldet, ist die Frage der Erhöhung des Rekrutenkontingents nunmehr von der Tagesordnung abgesetzt, da der Kriegminister Schwob, als er mit den ungarischen Ministern in Beratung trat, sich überzeugt haben soll, daß für die nächste Zeit eine Erhöhung des Rekrutenkontingents inangangs ganz undurchführbar sei.

Die Wahlen in Wäzzen.

Am Sonntag fanden in Wäzzen die Landtagswahlen der allgemeinen, 14 städtische und 6 deutsche Wahlkreise statt. In den städtischen Bezirken wurden zwei Sozialisten, drei Nationalisten gewählt; in den ländlichen Bezirken erstere. In den deutschen Bezirken wurden zwei Liberale und ein Sozialdemokrat gewählt; es werden drei Sozialisten stattfinden.

Täfel.

Aus Durazzo wird gemeldet, daß auch in Misofit und Sturoe oder Stureich, in der Nähe von Kardino, infolge von Steuererhöhung und drei städtische Wahlen landwirtschaftlicher und mohammedanischer Bauern mit Truppen landungehend wurden, wobei einige Häuser niedergebrannt wurden. Zwei Regimenter und ein Genarmee-Bataillon befinden sich dortselbst. — Die diplomatischen Missionen der Schifffahrt treibenden Mächte haben der Porte in gleichlautender Note ein Verlangen um die Beibehaltung der türkischen Krieges 1897 für Vöbischiffe erlassen. Von der nördlichen Durchfahrt durch die Darbaneln noch aufrecht erhalten werde und wiederholt die baldige Aufhebung dieses Verbotes verlangt. — Die Angelegenheit des türkischen persischen Grenzkonflikts wurde in dem letzten Ministerrat verhandelt, und es sollen die türkischen Departementen dem Antrag zustimmen, sich entgegenkommender zu zeigen. Die Stimmung auf türkischer Seite läßt jedoch eine Verständigung aus geschäftlichen Erwägungen armenen müssen. — In einer Sitzung der beiden Häuse des Reichstages wurde beschlossen, sich wegen der Berliner Signalarmee und gleichzeitig an den Sultan abwärts mit einer Beschwerde zu wenden, in der die Wiederherstellung des status quo und die Freilassung des Metropoliten von Andjalis verlangt werden soll.

Großbritannien.

Der König und die Königin von Norwegen sind am 12. November nachmittags in Windsor angekommen.

Nordamerika.

Senator Cullom, der Vorsitzende des Ausschusses für unabhängige Angelegenheiten, hat erklärt, er sei für eine Anrechnung in Bezug auf den Vertrag des Anschließens des großen Wäzzen stehenden regulären Session unmittelbar zu folgen hätte.

Gegen den Oelstich.

Gutem Vernehmen nach hat die Regierung zu Washington beschlossen, gegen die Standard Oil Company auf Grund des Antitrustgesetzes vorzugehen mit der Absicht, einen Gerichtsbeschluß zur Auflösung der Gesellschaft in ihrer jetzigen Zusammensetzung herbeizuführen. Jede der 15 von der Gesellschaft beherrschten würde dann ihren entsprechenden Anteil Aktien zurückgeben und so die Einzahlung des Gesetzes erzwungen werden, das Versteigerung verbietet, Kontakte abzuschließen oder Umwandlungen oder Verhandlungen unter einander zu treffen zu dem Zweck, die Oelpreise auf einer bestimmten Höhe zu halten.

Maroffo.

Maroffo. Hat vom Sultan direkt ein offizielles Schreiben erhalten, in dem der Sultan ihn zum Rajah von Baghla und den benachbarten Provinzen ernannt. Maroffo ist damit mit amtlicher Autorität über die Landrechte ausgesprochen worden, die seitdem Zanger, Karade und dem Rajah Ben Maroffo liegen. Maroffo Mannschaften sind zu einem großen Heerbesatzung nach Jinn geladen worden.

Bermittlungs.

Schon wieder ein falscher Hauptmann. Die „Quidam“ N. N.“ schreiben: In der Nacht zum Sonntag erschien, wie wir erfahren, in der vierten Stunde in einem Weineskanter in der Penzancestraße ein Offizier in eleganter Uniform, mit fahrenden Schleiße, Mantel und hochgeschlagenem Kragen, ließ sich an einem Tische nieder und bestellte in höchstgehobener Diktion ein Getränk, wozu er seine Kammer schickte. Schließlich kam den übrigen Gästen die Sache denn doch nicht geheuer vor und man benachrichtigte einen Polizeikommissar. Dieser machte nicht viel Hebelreden und forderte den Herrn Militär schließlich zum Wirtshaus auf. Es erregte nur große Beiderlei, als der „Offizier“ in Begleitung des Kommissars den Weg zur Waage antat. Dort protestierte er dem Vernehmen nach zunächst energisch gegen seine Verhaftung, wies auch die Frage, ob er Handarbeiter sei, entrüstet zurück und antwortete auf den Wunsch, seinen Namen zu wissen, er sei der „Hauptmann von Baden“, nachdem dem Herrn Kommissar ein Brief abgehängt war, stellte es sich heraus, daß es ein falscher Hauptmann, d. h. ein stellenloser Streiber, F. v. S. war. Unter der Uniform trug er seine Zivilhosen, die Hosen waren mit Nägeln versehen, offenbar hatte er, wie sein erhabenes Bad, gern auch seine Hosen verkleiden lassen. Man hat sich nach ihm mit einem Schwächling zu tun.

W. Vergebung in Sidafrika. Die Prinzessin Hermine Neuf 2. hat sich am 12. November im südafrikanischen Schloß von Gideburg mit dem Prinzen Johann Georg von Schönaich-Carolath verlobt. Die Prinzessin Hermine Neuf 2. wurde von der Kaiserin benachteiligt. Karl Nikolaus Reichsgraf von Sickingen, Unter den Linden 57, eine fahrende Gesellschaft, reise, die bis Wäzzen-Gesellschaft wird. Der Aufenthalt in Gideburg ist auf 33 Tage bemessen, also reichlich Zeit, die hochinteressantesten Annahmestände des Orients in Afrika bestaunen zu können. Die ganze Straße Wäzzen-Gesellschaft wird von Gideburg zurückgeführt. Die Prinzessin Hermine Neuf 2. (drei Tage und Konstantinopel 6 Tage Aufenthalt). Wegen Verlegung ihrer Schiffsplätze ist umgehende Umwidmung notwendig. Prophezie lösen.

Eine große Energie bewies der dem Bürgermeister von Gideburg umständliche Sitzung am 12. November. Als zwei Bürger aus Gideburg in der dortigen Gemeinde

Gedenktage.

14. November.

- 1716. Der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz gestorben.
- 1825. Der Dichter Jean Paul Friedrich Richter (Jean Paul) gestorben.
- 1826. Die Universität München wird eröffnet.
- 1831. Der Philosoph Hegel gestorben.
- 1807. Deutsche Marinekrieger besetzen die Küstendörfer von England.
- 1809. Simon-Denis-Louis Poisson gestorben, Erfinder des gleichnamigen Leuchtlochs.
- 1905. Der englische Ingenieur Robert Whitehead, Erfinder des gleichnamigen Torpedos, gestorben.

Tagespruch: Lerne leiden, ohne zu klagen; das ist das einzige, was ich dich lehren kann.
Kaiser Friedrich III.

Zentralversammlung der landwirtschaftlichen Vereine.

Am Donnerstag, den 29. Novemb., vormittags 11 Uhr findet im Verwaltungsgebäude der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Halle a. S., Kaiserstraße 7, die diesjährige Zentralversammlung aller landwirtschaftlichen und zugehörigen Vereinen statt. Bei dem regen Interesse, welches bisher diesen Versammlungen entgegengebracht worden ist, darf man annehmen, daß auch in diesem Jahre die Beteiligung eine recht zahlreiche sein wird, und zwar um so mehr, als die Tagesordnung Fragen zum Gegenstand hat, welche die Landwirtschaft gerade jetzt in hohem Grade beschäftigen.

In erster Linie ist ein Referat über die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Fütterungslehre in Aussicht genommen. Es ist gelungen, für dasselbe Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. Kellner-Wöden zu gewinnen, der, wie bekannt sein dürfte, eine Autorität auf diesem Gebiete ist und gerade in jüngster Zeit wichtige Beiträge in Bezug auf die Ausfütterung einer rationellen Fütterung geliefert hat. Hierüber den besonnenen Forscher selbst berichten zu hören, wird daher wohl niemand gern vermissen wollen, besonders auch deshalb nicht, weil in der modernen Landwirtschaft die Tierproduktion immer mehr in den Vordergrund des Interesses rückt, und es ist zu hoffen, daß dieser Vortrag eine Fülle von Anregungen für alle praktischen Landwirte geben und zu einem lebhaften Meinungsaustausche führen wird.

Bei den nächsten Arbeiterverhältnissen, wie sie sich besonders auch in diesem Jahre in so nachteiliger Weise für die Landwirtschaft bemerkbar machten, dürfte auch dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung ein allgemeines Interesse entgegengebracht werden. Der Direktor der neugegründeten Feldarbeiter-Zentrale in Berlin, Freiherr von dem Busche-Stoffel, hat es übernommen, über die Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes im verflochtenen Sachse und seine voraussichtliche Gestaltung im kommenden Frühjahr unter spezieller Berücksichtigung der ausländischen Arbeitskräfte Bericht zu erstatten. Die deutsche Landwirtschaft, speziell diejenige der Provinz Sachsen, ist ja gerade gezwungen, in zunehmendem Maße aus dem Ausland Arbeitskräfte für ihre Produktion heranzuziehen, jedoch es nur zu begrüßen ist, über die einschlägigen Verhältnisse Spezialleser von sachverständiger Seite zu hören und auch darüber Aufklärung zu erhalten, wie sich voraussichtlich im nächsten Jahre der Arbeitsmarkt gestalten wird. Vor allem wird es der Landwirtschaftskammer darauf ankommen, in der Diskussion auch die Anschauungen aus der Praxis zu hören, um für die Zukunft entsprechend für Abhilfe der Schwierigkeiten sorgen zu können.

Endlich wird der geschäftsführende Direktor der Kammer, Herr Oekonomierat Dr. Rabe, über den augenblicklichen Stand und die Aussichten der Vieh- und Fleischproduktion in unserer Provinz berichten. Die trotz der in letzter Zeit stetig findenden Viehpreise fortwährende Agitation für Dehnung der Grenzen läßt es ermuntert erscheinen, daß aus den Kreisen der praktischen Landwirte heraus gefordert wird, wie die Verhältnisse in unserer Provinz

liegen. Es wird sich zeigen, daß allenthalben die Viehproduktion in rüstigem Vordrängeschreiten begriffen ist und daß die Landwirtschaft der Provinz Sachsen unbedingt für die Aufrechterhaltung der Grenzsperrung eintritt, um so mehr, als ja die Maul- und Klauenseuche bereits ihren verheerenden Zug schon wieder angetreten hat.

Nach Schluß der Versammlung wird dann ein gemeinsames Mittagessen aller Versammlungsteilnehmer im „Hotel Stadt Hamburg“ stattfinden.

Es sei schließlich noch darauf hingewiesen, daß in Bezug auf die Anzahl der Delegierten der angegliederten Vereine keine Beschränkung besteht, daß es jedoch wünschenswert ist, wenn der Kammer über den zu erwartenden Besuch rechtzeitig Mitteilung gemacht wird.

Halle'sche Nachrichten.

Halle a. S., 13. November 1906.

In der gestrigen geschlossenen Stadterweiterungssitzung wurde die Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern für die Einkommensteuer-Vorprüfungskommission nach den Vorschlägen des Magistrats vorgelegt, von der Anstellung eines Polizeileitenden in erster Stellung Kenntnis genommen und 100 Mark als Gehaltssumme für einen gutem Gehaltsumschlag festgesetzt. Die Anstellung des Kriminalwachtmeisters Weingart als Bureauassistenten ließ das Kollegium gut, ebenso die Verlegung des Magistratsboten Weber in die Gehaltsklasse IIIa. Schließlich sprach sich das Kollegium noch für Annahme eines Beschlusses aus und wählte als Pfleger für den 1. Armenbezirk den Lehrer G. Schulte, wohnhaft in der Lindenthal, sowie als Pfleger für den 2. Armenbezirk den Fleischermeister Klose, wohnhaft in der Gr. Brunnenstraße.

Die Burg Giebichenstein. Seit einigen Tagen ist auf der Burg Giebichenstein, den alten Lössmangelschloß, gleichen Namens, mit dem Abbruch der modernen Gebäude begonnen worden. Denselben leitet der Abbruchunternehmer Paul Krüger, welcher hierbei zehn Arbeiter beschäftigt. Nach bis Weihnachten werden der große Hauptaal und die Nebengebäude an der Fährstraße veräußert sein. Das langgestreckte Bremerergebäude, das den besten am meisten bedeckt, soll nach Weihnachten fallen. Die von Grund aus erfolgende Renovierung des Herrenhauses hat, wie man schon von außen beobachten kann, bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Die Fuß- und Malararbeiten sind von den Firmen Henne und Wölling ausgeführt worden. In den Malararbeiten sind die Firmen Grotz und Schubarth u. Geppert beteiligt. Für Tischlerei wird von Seiten der Firma Giebichenstein, Wasserleitungsarbeiten und bergleichen hat die Firma Winter übernommen. Kunstvolle Schlosserarbeiten wird die bekannte Firma des Schlossermeisters Hanzig liefern. So gehen sich hier gleichzeitig viele fleißige Hände, um das alte, ehrwürdige Herrenhaus, in dem auch zwei sehr schöne Kreuzgewölbe (mit dem Grundmauern) die letzten Reste der bischöflichen Residenz) zu Wohnzwecken eingerichtet werden, im Innern vollständig wiederherzustellen.

Reformierte Kreisynode Halle-Magdeburg. Am Donnerstag, den 8. d. Mis., veranlaßte sich hier in Gemeindefaal der Domgemeinde die diesjährige reformierte Kreisynode Halle-Magdeburg. Zu dieser Synode gehören außer der hiesigen Domgemeinde und der kleinen reformierten Gemeinde in Wettin noch drei Magdeburger Gemeinden, die deutsche, waldenische und französische reformierte Gemeinde. In der diesjährigen Tagung wurde nach der durch Domprediger Welling gehaltenen gottesdienstlichen Einleitung zunächst durch den Superintendenten D. Weber der Jahresbericht über die Gemeinden des Synodalgebietes abgelesen. Aus denselben ist hervorgehoben, daß die Situation zum Austritt aus der Landeskirche unter den Angehörigen der genannten Gemeinden bisher nur sehr wenig Erfolg hatte. Im Anschluß an den Bericht wurde u. a. auch auf die am 10. d. Mis. in Zeitz abgehaltene Vorbereitung der Synodalversammlung hingewiesen. Den Hauptvortrag hielt Pastor Zehle über die Befähigung der vorjährigen Provinzsynode. Gehelmert Körner gab dazu noch einige Ergänzungen, besonders über den persönlichen Eindruck, den er durch seine Teilnahme an der Provinzsynode empfangen habe. Zum Schluß vereinigte ein gemeinsames Mittagsmahl fast sämtliche Mitglieder der Kreisynode.

Nationalliberaler Verein. Am Sonntag, den 2. Dezember, soll in den „Katerlöcher“ hier eine vom hiesigen nationalliberalen Verein einzuberufende öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher der Landtagsabgeordnete für Magdeburg, Herr Kammergerichtsrat Schiffer, über die gegenwärtige politische Lage sprechen wird.

Der Kriegerverein zu Halle a. S. hielt am Sonntag in den „Katerlöcher“ seine diesjährige Winterfeier, welche recht gut besucht war, ab. Das Programm war ein sehr reichhaltiges. Nachdem seitens der Tümmen Kapelle einige Musikstücke vorgelesen waren, begrüßte der zweite Vorsitzende, Herr Kamerad Wilschke, die Teil-

nehmer und ließ seine Worte mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser ausfallen. Nach weiteren Vorträgen einiger Musikstücke wurden ferner eines Kameraden des Grollwäger Kriegervereins einige sehr ansprechende Couplets vorgelesen, worauf das Theaterstück „In Hüt“ zur Aufführung gelangte, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Sammlung für unsere Waisenfinder ergab den Betrag von 15,78 Mark. Den Vorsitz der Vorführungen bildete das Komitee des Kameraden Peterot als Kamml- und Schneidermeister. Ein sich anschließender Ball hielt die Teilnehmer bis zur frühen Morgenstunde fest zusammen.

Abstammung der Bismarckfamilie von Halle a. S. und Umgebung. Die Eintragung der Abstammung findet laut Bescheinigung wieder bei der Spar- und Vorschußbank, Eingang Kleine Steinstraße durch den Kassierer, statt. Da sich die Angaben von Karten abermals bedeutend vermehrt haben, empfiehlt es sich, um einen großen Andrang zu vermeiden, die Eintragung in den Vormittagsstunden vorzunehmen. Die Karten sind mit Namen und Wohnung zu versehen.

Populär-wissenschaftliche Vorträge im Gemeindehaus zu St. Georgen. Am nächsten Donnerstag, den 15. d. Mis., abends 8 Uhr nimmt der diesjährige Jährgang der seit vier Jahren bestehenden populär-wissenschaftlichen Vorträge im Gemeindehaus zu St. Georgen seinen Anfang. Den ersten Vortrag hält Herr Konstantin Gutschalk über die Bedeutung des Themas: „Wiergen Lage in Rom“. Die Vorträge des Redners, der auf Grund eigener Anschauung von den schiffenden Städten berichtet wird, und der allgemein interessierenden Gegenstände dürfte dem Abend eine zahlreiche Zuhörerschaft sichern. Dauerfester sowie solche für den einzelnen Vortrag sind beim Kassellan des Gemeindehauses zu haben.

Tafel und Bräutereien. Im Weinmarcken-Sommer-Verein „Bismarck“ hielt in der letzten Sitzung Herr Grotz ein interessantes Vortrag über den Tafel und die Tafelbräutereien der Karolinenkapelle und über die Tafelbräutereien der Karolinenkapelle und über die Tafelbräutereien der Karolinenkapelle. Der Vortragende berichtete zunächst, daß Bonaparte im 16. Jahrhundert von den Spaniern entführt worden, er der fruchtbarsten der Karolinenkapelle und jedenfalls auch vulkanischen Ursprungs sei. In den 50er Jahren schleppte ein englisches Schiff die Wägen ein, wodurch die damalige Einwohnerzahl sehr zurückging. Zunächst ist Bonaparte von einer 1500 Schwärzen und nur von wenigen Europäern bewohnt. Der Handel betrieb hauptsächlich in den Erzeugnissen der Insel, nämlich Kokosnüssen, Bananen usw. Wie der am 20. April 1905 nachmittags 3 Uhr stattgefundene Tafelbräuterei hat, war aus den ausgelegten Photographien ersichtlich. Die Bewohner wurden von diesem Verschickern, bei dem traditionelle Nacht herrsche, überführt. Die Tafelbräuterei hat die am meisten Deutschen aus ihren Häusern retten. Ein Angehöriger der Tafelbräuterei mußte erst aus den Trümmern ausgegraben werden. Die mit Wellblech bedeckten Gebäude sind fast vollständig zerstört und die jungen Anpflanzungen total vernichtet, so daß Jahre vergehen werden, ehe die Insel sich wieder erholt. Umgekehrt Fischerboote dienten den Europäern während der Schwerezeit als Obdach. Neben jeder Idam zu Besprechung der zur Ausgabe gelangten Tafelbräuterei über. Die ganze Tafelbräuterei wurde nach dem Tafel in Trümmern und Ruinen gelassen und unter diese auch die Wertgegenstände nebst Entwertungsschemel. Da die Europäer das Bedürfnis fühlten, über ihre Lage ihren Angehörigen in der Heimat sofort kurze Nachricht zu geben, wurden einige aufgenommene 10 Pfund-Marken zum Schatz gefaßert und halbier zur Formatur von Postkarten verwendet. Die Entwertung mußte, da der Entwertungsschemel abhandeln gelassen war, mit dem Dienststempel des Posthalters erfolgen. Anhandlos sind denn auch diese mit den halbierten Marken versehenen Postkarten von der deutschen Post ohne Erlaubnis von Straßburg befördert worden. Bei den ersten zur Ausgabe gelangten Marken hat der Posthalter in Bonaparte auch noch handförmlich bemerkt: „Anschließend von Bonaparte“ oder auch „Tafelbräuterei“. Einige dieser Marken ließ der Vortragende dann ausstellen.

Halle'sche Zuercherfahrt unternimmt am kommenden Sonntag eine Nachtrichterfahrt in die Gegend südlich unter Stadt und verbindet damit ein Kriegsspiel. Marschiert wird in zwei Abteilungen. Die Vorderabteilung besteht aus den Mitgliedern des kaufmännischen, Giebichensteiner, Grollwäger und „Urania“-Zuerchervereins, die Hinterabteilung bilden die Mitglieder des Zuerchervereins, des „Guts Wäts“ und Wäts-Zuerchervereins. Marschiert wird um 9 Uhr abends von der Wöhlplatz-Zuercherhalle gegen 1/2 Uhr von Wöhlplatz vor. Es schließen sich unterwegs der Vorderabteilung die Diener und der Scharführer der Gneisek-Zuercherverein, die Zuercherverein Weiberverein dienen beiden Abteilungen als Mitglieder des Zuerchervereins. In Bezug die Willigen bei der Vorderabteilung weiß Zuerchervereins am Mittwoch, als Treffpunkt ist der Kreis der Grotz in Halle bei Weiberverein ausrichten. Die Partei, welche zuerst in diesen Grotz umgeben eintritt und dort ein besonders namhaft gemachtes Objekt in Besitz nimmt, ist Sieger. Die Entfaltung liegt in den Händen eines Schiedsrichters, zusammengesetzt aus älteren Zuerchern, die sich vorher am Treffpunkt einfinden haben müssen. Das Ganze schließt mit einem Komers im genannten Lokal ab.

Die Schütz- und Fiedel-Hoffmann-Straße. Befehlshaber der unteren Polizeiverwaltung zwei im Süden der Stadt neu angelegte

Die Vorteile, die unser bekannter

Weihnachts-Ausverkauf

bisher geboten hat, werden diesmal **wesentlich überboten**, da grosse Umbauten unseres jetzigen Geschäftshauses eine Verkleinerung unserer Lager erfordern. Besonders grosse Partien sind ausgelegt von

Kleidern, Kleider-Röcken, Blusen.

Nur Netto-Barverkauf.
Kein Umtausch.
Keine Auswahlsendungen.

A. Huth & Co.

Halle a. S., Gr. Steinstrasse 86/87.

